



Der Vorsitzende des  
Ausschusses für Soziales, Gesundheit,  
Integration, Kinder und Familie  
der Stadtverordnetenversammlung  
Amt der Stadtverordnetenversammlung  
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de  
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden  
Telefon (0611) 31-4554  
Telefax (0611) 31-3902  
Sachbearbeiter: Herr Weinert

Wiesbaden, 26.10.2017

1. Den Mitgliedern des  
Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Integration, Kinder und Familie
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich  
Frau Stadtverordnetenvorsteherin

## Einladung

zur öffentlichen Sitzung  
des Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Integration, Kinder und Familie  
am Mittwoch, 1. November 2017, um 17:00 Uhr,  
**Firma AbbVie, Mainzer Str. 81, 65189 Wiesbaden**

- Nach Tagesordnungspunkt 2 der Tagesordnung I findet eine Bürgerfragestunde statt -

## Tagesordnung I

1. Begrüßung durch den Geschäftsführer der Firma AbbVie, Herrn Dr. Horber
2. Vorstellung des Projektes "PLUS - regionale Gesundheitsinitiative Hepatitis C" der Firma AbbVie
3. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 30.08.2017

**4. 17-F-02-0031**

Arbeitslosigkeit in Wiesbaden

- Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 25.10.2017 -

Seit vielen Jahren liegt die Arbeitslosigkeit in der Landeshauptstadt Wiesbaden sowohl höher als im Durchschnitt des Landes Hessen als auch höher im Vergleich zu anderen Städten des Rhein-Main-Gebietes. Da eine höhere Arbeitslosigkeit auch den Sozialhaushalt belastet, möge der Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Integration, Kinder und Familie beschließen:

Der Magistrat wird gebeten darzulegen,

1. in welcher Höhe derzeit Haushaltsmittel für Arbeitssuchende verwendet werden,
2. worin er die Ursachen der höheren Arbeitslosigkeit in der Landeshauptstadt Wiesbaden sieht,
3. welche Programme es derzeit gibt, um Menschen in Arbeit zu bringen,
4. wie die Erfolgsquote der verschiedenen Programme ist,
5. wo er Ansatzpunkte sieht, um die Arbeitslosigkeit in Wiesbaden zu senken.
6. welche Möglichkeiten seitens der Wirtschaftsförderung bestehen, um besonders Arbeitsplätze mit niedrigen Qualifikationserfordernissen zu erhalten oder zu schaffen, sowie welche Maßnahmen hierzu in der Vergangenheit bereits erfolgreich ergriffen werden konnten.

**5. 17-F-08-0058**

Weihnachtszuwendung für Kinder und Jugendliche im Leistungsbezug nach SGB II, SGB XII und AsylbLG

- Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 24.10.2017 -

In den Leistungen nach SGB II, SGB XII und AsylbLG gibt es keine Weihnachten: zusätzliche Ausgaben für Geschenke oder Feiern können allenfalls durch besondere Sparsamkeit finanziert werden, denn zusätzliche Leistungen gibt es nicht. Die Ausgrenzung für arme Kinder und Jugendliche wird so gerade an den bedeutendsten Festtagen des Jahres besonders erfahrbar. Der in vielen Weihnachtsansprachen zu hörende Appell an mehr Mitgefühl und Nächstenliebe bezieht sich offensichtlich nicht auf Sozialleistungen beziehende Menschen.

Der Ausschuss möge deshalb beschließen:

Alle in Wiesbaden wohnenden Kinder und Jugendliche im Leistungsbezug nach SGB II, SGB XII und AsylbLG erhalten für Weihnachten 2017 eine einmalige Zuwendung in Höhe von 75 €

**6. 17-V-50-0006**

**DL 28/17-7, 26/17-7 , ANLAGE**

Wiesbadener SGB II Geschäfts- und Eingliederungsbericht 2016

-

*eschluss des Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Integration, Kinder und Familie vom 30.08.2017 (BP 0113) -*

**B**

7. 17-F-01-0015 ANLAGE

Auswirkungen der Pläne der Landesregierung zur Entlastung der Eltern bei den Kita-Beiträgen  
- *Beschluss des Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Integration, Kinder und Familie vom 30.08.2017 (BP 0132)* -

8. 17-F-05-0015 ANLAGE

Sicherstellung der Versorgung heimbefürchtiger Personen ohne Pflegegrad oder mit Pflegegrad 1  
- *Bericht des Dezernates VII vom 25.07.2017* -  
- *Beschluss des Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Integration, Kinder und Familie vom 30.08.2017* -

9. 17-A-58-0004 ANLAGE

Personalausstattung in der Bezirkssozialarbeit  
- Antrag des Jugendhilfeausschusses vom Oktober 2017 -

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Für die notwendige Entlastung im Sachgebiet 510301/Bezirkssozialarbeit werden neben den bereits zur sofortigen Besetzung freigegebenen Stellen gemäß Beschluss der Stadtverordnetenversammlung Nr. 0245 vom 29.06.2017, eine zusätzliche Stelle für den Einsatz als Springer sowie eine weitere Stelle für den Einsatz als Trainer in den Stellenplan 2018/2019 aufgenommen, sie sollen unverzüglich nach Beschlussfassung der StVV besetzt werden.

10. 17-A-58-0005 ANLAGE

Ausbau Kinderbetreuung  
- Antrag des Jugendhilfeausschusses vom Oktober 2017 -

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

- Um den bedarfsgerechten Ausbau der Kinderbetreuung in Wiesbaden zu gewährleisten, werden die im Beschluss der Stadtverordnetenversammlung Nr. 0210 vom 18.05.2017 genannten Ausbauziele in den Jahren 2018 bis 2021 umgesetzt.
- Zur realistischen Erreichung des beschlossenen Ausbaus werden die hierfür benötigten finanziellen Mehrbedarfe für die 1. Ausbaustufe im Doppelhaushalt 2018/2019 bereitgestellt.

11. 17-A-58-0001

Aktuelle Entwicklungen im Sozial-, Gesundheits- und Integrationsbereich

12. Verschiedenes

## Tagesordnung II

1. 17-F-21-0056 ANLAGE  
  
Initiative zur Vereinheitlichung der Qualität in der Grundschulkinderbetreuung  
*- Bericht des Dezernates VII vom 28.08.2017 -*
  
2. 17-F-21-0075 ANLAGE  
  
Situation, Entwicklung und Bekämpfung von Tuberkulose Erkrankungen  
*- Bericht des Dezernates III vom 20.09.2017 -*
  
3. 17-F-29-0001 ANLAGE  
  
Einrichtung einer Koordinierungsstelle für bürgerschaftliches Engagement  
*- Bericht des Dezernates VII vom 17.10.2017 -*  
  
*- Der Magistrat berät hierzu vorauss. in seiner Sitzung am 1.11.2017 -*
  
4. 17-V-11-2006 DL 36/17-5  
  
Integriertes Gesundheitsmanagement - Fortsetzung des Fitnessstudio- und Schwimmbadangebots
  
5. 17-V-20-0029 DL 37/17-1  
  
Investitionscontrolling 2. Quartal 2017
  
6. 17-V-33-0004 DL 35/17-3, 20/17-7  
  
Anerkennung von zusätzlichem Personalbedarf bei 3303
  
7. 17-V-37-0002 DL 44/17-5  
  
Mehrbedarf Personal im Sachgebiet Rettungsdienst / Medizinische Gefahrenabwehr bei der Berufsfeuerwehr Wiesbaden  
  
*- Der Magistrat berät hierzu vorauss. in seiner Sitzung am 1.11.2017 -*

- |     |   |                   |
|-----|---|-------------------|
| 8.  | <b>17-V-50-0010</b>   | <b>DL 31/17-6</b> |
|     | Projektkoordination "WIR Fallmanagement" - Einrichtung einer Personalstelle zur Koordinierung des bürgerschaftlichen Engagements im Rahmen der Flüchtlingshilfe |                   |
| 9.  | <b>17-V-51-0024</b>   | <b>DL 39/17-1</b> |
|     | Ausbau der Kinderbetreuung in Wiesbaden 2018 bis 2021   |                   |
| 10. | <b>17-V-51-0028</b>   | <b>DL 34/17-2</b> |
|     | Sicherung des Fachkräftebedarfs für Kindertagesstätten in Wiesbaden   |                   |
| 11. | <b>17-V-51-0032</b>   | <b>DL 34/17-3</b> |
|     | Mittagessen an Schulen, Entfristung der Stelle Qualitätsmanagement Mittagessen  |                   |
| 12. | <b>17-V-51-0034</b>   | <b>DL 34/17-4</b> |
|     | Notwendige Mehrbedarfe im Bereich Kindertagesstätten Freier Träger im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung 2018/2019   |                   |
| 13. | <b>17-V-51-0039</b>   | <b>DL 40/17-8</b> |
|     | Bericht Jugend in Wiesbaden - Ergebnisse der Jugendbefragung 2017   |                   |
| 14. | <b>17-V-51-0041</b>   | <b>DL 44/17-8</b> |
|     | Einrichtung eines Fanprojektes in Wiesbaden   |                   |
|     | <u>Diese Vorlage ersetzt die SV "17-V-51-0014" aus der DL 41/17</u>   |                   |
|     | <u>- Der Magistrat berät hierzu vorauss. in seiner Sitzung am 1.11.2017 -</u>   |                   |
| 15. | <b>17-V-64-0003</b>   | <b>DL 35/17-6</b> |
|     | Stellenbedarfe bei Amt 64 zur Umsetzung des neuen Trinkwasserschutzrechts   |                   |

16. 17-V-80-2337

DL 44/17-2 NÖ

Realisierung der Projekte von Zwerg Nase und Lebenshilfe auf den Klinikerweiterungsflächen im Bereich der HSK

- Der Magistrat berät hierzu vorauss. in seiner Sitzung am 1.11.2017 -

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Rutten  
Vorsitzender